

## DER „ÖSTERREICHISCHSTE“ PARTEITAG DER TSCHECHISCHEN SOZIALDEMOKRATEN

*Von Johann Wolfgang Br ü g e l*

Der erste Band von Jan Galandauers Biographie des tschechischen Politikers Dr. Bohumír Šmeral<sup>1</sup> (1880—1941) enthält eine Erinnerung an ein ungewöhnliches, aber heute vergessenes Ereignis: das Bekenntnis der größten tschechischen politischen Partei, ausgesprochen am Vorabend des Ersten Weltkriegs, zur österreichisch-ungarischen Monarchie als der einzig in Betracht kommenden Grundlage für eine glückliche Zukunft des tschechischen Volkes. Die Einmaligkeit dieses Vorgangs rechtfertigt es, ihn anhand von Galandauers Angaben auch einer deutschen Leserschaft zu schildern.

Kurz nach den beiden Balkankriegen, dieser ersten Erschütterung des europäischen Friedens, tagte in Prag im Dezember 1913 der IX. Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie, die nach dem Zerfall dessen, was man „die Gesamtpartei“ genannt hat, nämlich die Zusammenfassung der sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Nationen des alten Österreich, ein vollkommen selbständiges Gebilde ohne jede auch formale Bindung an die Wiener Parteileitung war. Sie vertrat freilich nicht die Gesamtheit der tschechischen Sozialdemokraten. Ein kleinerer Teil mit starken Positionen in Mähren hatte sich von ihr losgerissen und eine eigene tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei gebildet, die an der alten internationalistischen Tradition und an der Zusammenarbeit mit der Wiener Parteileitung festhielt, weshalb ihre Anhänger die „Zentralisten“ genannt wurden, deren Gegenspieler in Wien als „Separatisten“ und in Prag als „Autonomisten“ bezeichnet wurden. (Die Zentralisten waren im Wiener Reichsrat seit 1911 durch einen Abgeordneten — Petr Cingr — vertreten.) Der offizielle Name der „Autonomisten“ bedarf im Deutschen einer Erklärung: da in der tschechischen Sprache für „Böhmen“ und „Tschechen“ nur ein einziger Ausdruck, nämlich „Čechy“, bzw. „Češi“, existiert, hätte eine Nomenklatur „tschechische Sozialdemokratie“ den mißverständlichen Eindruck hervorrufen können, es handle sich um eine auf das Kronland Böhmen beschränkte Partei. Darum nannte sie sich „tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei“.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung des Parteitages vom Dezember 1913 war ein Referat Šmerals, der 1911 in einem Prager Wahlkreis ins österreichische Parlament gewählt worden war, unter dem ungewöhnlichen Titel „Die tschechoslawische Sozialdemokratie und weitere Möglichkeiten und Ziele der Entwicklung

<sup>1</sup> Galandauer, Jan: Bohumír Šmeral (1880—1914). Prag 1981, 267 ff. — Teilweiser Abdruck der Resolution bei Br ü g e l, Ludwig: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Bd. 5. Wien 1925, 118.

Österreich-Ungarns“. Keiner anderen tschechischen politischen Partei wäre je der Einfall gekommen, sich über die Zukunft Österreichs, geschweige denn der Doppelmonarchie, also unter Einbeziehung Ungarns, den Kopf zu zerbrechen. Auch bei den Deutschen hätten das höchstens die Christlichsozialen getan, die aber keine solche Notwendigkeit empfanden. Den deutschen Sozialdemokraten des Landes lag es fern, sich mit der Zukunft der Monarchie zu befassen. Als sie es aber doch ausnahmsweise einmal taten, und das knapp vor dem Prager Parteitag, kamen sie zu ganz negativen Ergebnissen. Am 28. September 1913 hörte der Landesparteitag der deutschen Sozialdemokraten Böhmens in Teplitz-Schönau ein Referat des Vertreters des Wiener Parteivorstands Otto Bauer über das tschechisch-deutsche Problem, das er unter den gegebenen Verhältnissen als unlösbar bezeichnete. Wörtlich sagte er dazu<sup>2</sup>:

„Dieses Österreich muß anders werden, wenn es überhaupt sein soll. Sonst wird dieser Staat aufgehen in Flammen einer großen europäischen Umgestaltung.“

Das Prophetische seiner Warnung dürfte dem Redner damals kaum zu Bewußtsein gekommen sein. Ganz im Sinne seines Referates hieß es in der vom Teplitzer Parteitag angenommenen Resolution: „Österreich wird sein ein freier Bund freier Völker, oder es wird nicht sein.“

Ein ganz anderer Wind wehte keine drei Monate später beim Prager Parteitag, von dem Galandauer sagt, er sei die „österreichischste“ Tagung der tschechoslawischen Sozialdemokratie gewesen. Selbstverständlich fehlte sowohl in Šmerals Referat als auch in der aufgrund seiner Ausführungen angenommenen Resolution jeder Hinweis auf das Haus Habsburg, von dem es nicht zu Unrecht in der „Volks hymne“ hieß: „Ewig bleibt mit Habsburgs Throne Österreichs Geschick vereint.“ Diese Unterlassung war insofern unlogisch, als die Dynastie die einzige Klammer war, die das Reich zusammenhielt. Aber Šmeral wußte offenbar, was er seinen Hörern zumuten durfte und was darüber hinausging. Jede noch so vorsichtig formulierte Verbeugung vor dem Herrscherhaus, von dem, wenn man es schon ertragen mußte, kaum ein Tscheche hören wollte, hätte seinen Argumenten die Überzeugungskraft genommen. Es war ohnehin recht viel, womit er die Geduld der Delegierten strapazierte. Die angenommene Resolution beginnt natürlich mit der als unerläßlich angesehenen Bekräftigung der marxistischen Grundsätze, um gleich darauf in eine ganz andere Sprache zu verfallen:

„Offen erklärt die Tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei als ihr Ziel die revolutionäre Umgestaltung der wirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft, die Überführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Leitung der Erzeugung in gesellschaftliches Eigentum und Dirigierung. Indem sie aber die Eroberung der politischen Macht für das Proletariat als notwendigen Weg zu diesem Ziel anerkennt, stellt sie sich nicht nur nicht in Widerspruch zum Begriff der staatlichen Organisation, sondern anerkennt im Gegenteil geradezu den Staat als Grundlage ihres Kampfes und ihrer Wirksamkeit. Unter den gegebenen Verhältnissen in Europa anerkennt sie es auch vom Standpunkt des internationalen

<sup>2</sup> Strauss, Emil: Von Hainfeld bis zum Weltkrieg. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens. Bd. 2. Prag 1926, 211—213.

Gleichgewichts, vom Standpunkt des Friedens, gleichzeitig aber auch vom Standpunkt der nützlichsten Bedingungen der Entwicklung der Völker Mitteleuropas und deren Proletariate, nicht in letzter Linie vom Standpunkt des Interesses des tschechischen Volkes und Proletariats als notwendig, alles zu stärken, was wirklich und vernünftig zur Erhaltung und Entwicklung des großen, staatlich organisierten Wirtschaftsgebietes im Herzen Europas beiträgt, dessen geschichtlicher Ausdruck heute Österreich-Ungarn ist. Einerseits, um das Verhältnis der Partei zu den historischen Idealen einiger Schichten der tschechischen nationalen Bourgeoisie zu klären, andererseits, um einen klaren Standpunkt zu einer eventuellen Zusammenarbeit mit Parteien anderer Nationalitäten herauszuarbeiten, erklärt der Parteitag ausdrücklich, daß die tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei diesen Staat als die geschichtliche Grundlage ihrer Tätigkeit betrachtet und alle anderen Gedanken, insbesondere alle Hoffnungen im Sinne von Tendenzen, die als gängige Begriffe des politischen Alldeutschtums oder des politischen Panlawismus bezeichnet zu werden pflegen, als unvereinbar mit dem Interesse der tschechischen Arbeiterschaft und daher ihrer proletarischen Klassenpolitik betrachtet.“

Aber Galandauer war offenbar der Meinung, schon mehr zitiert zu haben, als seinen Lesern geheimer vorkommen könnte. Jedenfalls fehlt in seiner Darstellung ein wichtiger Teil der Resolution von 1913, die man aber in einem anderen Werk eines anderen tschechischen Historikers finden kann<sup>3</sup>. Dieser Teil enthält zunächst eine Kritik an der „heutigen Politik der Regierungskreise und Regierungsparteien in Österreich und Ungarn“: sie wirke entgegen der Notwendigkeit, „daß das Reich aus ihr Stärkung schöpft“ — eine dem Durchschnittsösterreicher ganz fremde Sorge. Wenn überhaupt, hat die tschechische Politik von damals höchstens Österreich in ihre Betrachtungen eingeschlossen und Ungarn immer unbeachtet gelassen. Wiewohl Šmeral sich hütete, die Existenz der Slowaken im damaligen Ungarn auch nur zu erwähnen, waren seine und der Resolution Hinweise auf Ungarn doch ein Novum. In Erweiterung des Brüner Nationalitätenprogramms (1899) der damals wenigstens formal noch einheitlichen österreichischen Sozialdemokratie — es verlangte nur die Umgestaltung Österreichs — hieß es in der Resolution weiter:

„Von diesen Standpunkten ausgehend, erklärt der Parteitag [...], daß das österreichisch-ungarische Reich nach seiner [des Parteitags] Überzeugung in das Stadium einer geschichtlichen Entwicklung eintritt, in der eine wesentliche Änderung der heutigen Verfassungsform, die Umwandlung des Reiches in eine Föderation autonom konstituierter Nationen und die Stellung des Staates auf die Grundlage internationaler Neutralität für ihn eine Lebensnotwendigkeit wird. Nur durch diesen kühnen Umbau seiner Grundlagen kann das Reich fähig werden, im Wirbel der geschichtlichen Ereignisse alle Schwierigkeiten seiner inneren Zusammensetzung zu überwinden. Er kann ihm gleichzeitig, aber nur auf diese Weise, die Fähigkeit verleihen, zum Kristallisationspunkt einer eventuellen Lösung der polnischen und der südslawischen Frage zu werden. In einem geschichtlich ernstesten Augenblick warnt der Parteitag nachdrücklichst vor Tendenzen, die sich aus

<sup>3</sup> Urban, Otto: Česká společnost 1848—1918 [Die tschechische Gesellschaft 1848—1918]. Prag 1982, 563.

egoistischer Blindheit dieser Erkenntnis widersetzen sollten, und fordert das Proletariat auf, durch erhöhte Organisationsarbeit seine Macht zu erweitern, die, wenn der tote Punkt auf dem Felde des verfassungsmäßigen Fortschritts überwunden werden soll, möglicherweise in absehbarer Zeit energisch auf die Wagschale wird geworfen werden müssen.“

Bezeichnenderweise hat die Wiener ‚Arbeiter-Zeitung‘ damals diese Resolution unter einer Überschrift registriert, die sowohl Verlegenheit ausdrückte als auch den Hohn „So etwas hätten wir nie getan“ enthielt: „Ein feuriges Bekenntnis zu Österreich“. Die Delegierten des Prager Parteitag haben kaum erfassen können, welchen weitreichenden und ungewöhnlichen Formulierungen sie da ihre Zustimmung gaben. Das — rebus sic stantibus utopische — Verlangen nach Neutralisierung der Doppelmonarchie war ein Angriff auf ihr Bündnis mit dem Deutschen Reich. Eine Lösung des polnischen Problems im Rahmen der Monarchie konnte nur die Errichtung eines polnischen Staates unter den Fittichen der Habsburger bedeuten, der aus Galizien — ganz oder vermindert um die von Ukrainern bewohnten Teile des Landes — sowie aus dem damaligen Russisch-Polen bestand. Die Lösung der südslawischen Frage innerhalb der Monarchie wäre eine entschiedene Absage an Serbien gewesen, die im tschechischen Volk kaum auf Sympathie stoßen konnte. Zum Unterschied von den ganz auf sich gestellten Tschechen gab die Existenz Serbiens den Südslawen Österreichs, Ungarns und Bosniens Nahrung für eine irredentistische Stimmung.

Šmeral mußte seine ungewöhnlichen Gedankengänge mit einer halbwegs plausibel klingenden Begründung versehen, und so gab er sie in Kenntnis des tschechischen Mißtrauens gegen alles Deutsche als Waffe gegen das angebliche Vordringen deutschnationaler oder sogar alldeutscher Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie Österreichs aus. Der Verfasser seiner Biographie nimmt ihm diese Begründung ab, aber hier scheinen doch Zweifel erlaubt. Šmeral war kein Nationalist; die üblichen antideutschen Argumente in der tschechischen Politik waren ihm fremd. Natürlich gab es auch deutschnationale Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie Österreichs, und manche in der Partei dürften mehr oder weniger insgeheim für einen national einheitlichen Staat geschwärmt haben, was angesichts der Misere der ungelösten Nationalitätenprobleme des alten Österreich weiter nicht verwunderlich war. Aber irgendwelche tschechische Interessen bedrohende alldeutsche Tendenzen gab es bei den deutschen Sozialdemokraten Österreichs nicht. Es ist also wahrscheinlicher, daß Šmerals Hinweise auf solche imaginäre Gefahren mehr ein Vorwand waren, um Opposition gegen seine Formulierungen zu ersticken, indem er sie als das kleinere Übel gegenüber dem Gespenst einer deutschnationalen Orientierung der Partei Viktor Adlers hinstellte. An sich wäre in der Situation von 1913 den meisten Tschechen gar nicht der Gedanke gekommen, daß ihr Volk eine Zukunft außerhalb des Rahmens der Monarchie haben könnte. Aber da die Monarchie sich bei ihnen einer allgemeinen Unbeliebtheit erfreute, hätten sie Gedankengänge, wie sie Šmeral damals entwickelte, doch lieber aus dem Bewußtsein verdrängt.

Die Resolution vom Dezember 1913 ist wie viele andere vom Wind der weltgeschichtlichen Entwicklung verwehte Dinge in Vergessenheit geraten, ohne Nutzen

oder Schaden zu stiften. Aber Šmeral hat auch nach Kriegsausbruch 1914 an seiner Ansicht von der Monarchie als dem einzig möglichen Rahmen der Zukunft seines Volkes festgehalten. Als der „Tschechenklub“ im österreichischen Reichsrat 1917 dem General Borojevič ein Glückwunschtelegramm zu dessen Siegen an der Isonzofront sandte — wie nachher entschuldigend gesagt wurde, um möglichen Verfolgungen entgegenzuwirken —, soll das Šmeral mit den Worten begründet haben „Schicken wir diesem Mörder ein Telegramm. Er ist ein Slawe, und so wird uns das vielleicht durchgehen“. (Die Äußerung wird allerdings auch dem agrarischen Abgeordneten František Staněk in den Mund gelegt.) Wie dem auch sei, Šmeral, bis 1918 führender Sprecher seiner Partei im Wiener Parlament, war für sie nach 1918 nicht mehr tragbar. Inwieweit das seinen Entschluß bestimmt hat, die ihm von der alten Partei versagte führende Rolle anderswo zu suchen, sich dem Kommunismus zuzuwenden und 1921 der erste Führer der neugebildeten Kommunistischen Partei der Tschechoslowaken zu werden, läßt sich schwer sagen.